

Mögliches Fehlverhalten der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der zuständigen Ministerien unter Einschluss der politischen Leitungen, sowie der mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeitenden Personen (die sogenannten menschlichen Quellen) im Zusammenhang mit Aktivitäten rechtsextremer Strukturen, insbesondere des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und des „Thüringer Heimatschutzes“ (THS) und seiner Mitglieder, sowie mögliche Fehler der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden bei der Aufklärung und Verfolgung der dem NSU und ihm verbundener Netzwerke zugerechneten Straftaten

Zum Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 5/3902

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Ausgangspunkt dessen, warum wir heute hier diesen Untersuchungsausschuss einsetzen, ist eine bis dato nicht gekannte neonazistische Mord- und Verbrechenstserie in der Bundesrepublik. Diese Verbrechen haben nicht nur Thüringen erschüttert, sondern das ganze Land und, ich glaube, bei vielen auch den Glauben in die Sicherheitsbehörden. Wir haben hier in Thüringen eine ganz besondere Verantwortung zu tragen, denn diese Neonaziterrororganisation ist Made in Thüringen. Hier ist ihr Ausgangsort, hier ist ihre Entstehungsgeschichte, hier hat sie ihre Wurzeln und hier liegen auch die Anfänge des Versagens der Behörden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon gesagt worden, ich will es aber noch einmal wiederholen. In erster Linie sind wir mit Blick auf die Opfer den Angehörigen tatsächliche und umfassende transparente Aufklärung schuldig. Aber ich sage auch,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

diese unbedingte Transparenz müssen wir auch deswegen herstellen, weil das Thema von ungeheurer öffentlicher Bedeutung ist. Ich denke, wir müssen den Fragen und den Zweifeln, die in der Bevölkerung herrschen, Antworten geben, nicht nur Antworten darauf, wie dies alles geschehen konnte, sondern vor allem auch Antworten auf die Frage, welche Konsequenzen wir ziehen für die Zukunft. Auch dafür ist der Untersuchungsausschuss Ort.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir brauchen nicht nur eine andere Behandlung des Themas Neonazismus durch die Sicherheitsbehörden, wir brauchen ein anderes gesellschaftliches Klima, wir brauchen eine andere Ächtung von rassistischen Einstellungen und Handlungen und wir müssen tatsächliche Maßnahmen ergreifen, wie wir Menschen gegen die todbringende Ideologie des Neonazismus immunisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir übernehmen als Parlament mit dem Untersuchungsausschuss die Verantwortung für die Kontrolle. Wir haben - und das haben wir begrüßt - durch die Landesregierung, selbst eine Kommission eingesetzt bekommen, die Schäfer-Kommission. Diese ist aber - und das muss man deutlich sagen - im Rahmen der Exekutive eingesetzt worden und sie kann nicht unsere Kontrollfunktion des Parlamentes ersetzen. Es gibt ja auch Fragen zur Schäfer-Kommission, die wir auch stellen müssen. Die Befugnisse sind begrenzt, sie arbeitet im Verborgenen. Der Bericht wird zuerst der Landesregierung, dann der Generalbundesanwaltschaft und dann eventuell, auch vielleicht mit Auslassungen, dem Parlament vorgelegt. Was dann noch übrig bleibt, lesen wir wahrscheinlich in der „Thüringer Allgemeinen“.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Vorher.)

(Beifall DIE LINKE)

Vorher, das kann auch sein. Deswegen ist es sehr positiv, dass wir uns im Antrag zum Untersuchungsausschuss sehr weit gefasst haben, dass wir keine zeitliche Begrenzung vornehmen, keine behördliche Begrenzung, keine räumliche Begrenzung und dass wir alle in Rede stehenden Fragen nicht nur in Thüringen diskutieren, sondern auch die Verantwortung der Bundesbehörden, die Verantwortung der anderen Länder dort klären wollen. Es ist gut, dass Einigkeit zwischen den Fraktionen erreicht wurde. Ich hoffe, dass diese Einigkeit sich auch in der tatsächlichen Arbeit des Untersuchungsausschusses fortsetzen wird, dass wir dort zu keinem Hickhack kommen, zu keinem Wettrennen, wer am schnellsten den schärfsten Antrag stellt und Ähnliches.

Aber - ich habe es auch an jeder Stelle gesagt - wir haben Zweifel, wir haben Zweifel, die zum einen genährt sind aus unseren Erfahrungen in Untersuchungsausschüssen. Wir werden ja auch noch im Rahmen dieser Plenartagung unseren Novellierungsvorschlag zum Untersuchungsausschussgesetz diskutieren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dieser schnell beschlossen würde, dann würden die Befugnisse tatsächlich auch für diesen arbeitenden Untersuchungsausschuss gelten.

Wir haben Zweifel, was die Möglichkeiten des Untersuchungsausschusses angeht, insbesondere dahin gehend, ob alle notwendigen Akten vorgelegt werden, ob nicht Akten vernichtet sind mittlerweile oder Aktenbestandteile vernichtet sind, ob Zeugen, die damals Verantwortung getragen haben, tatsächlich eine Aussagegenehmigung erhalten, sich frei äußern können oder von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen werden, weil sie sich selbst belasten könnten. Wir haben Sorge, dass die Informationsverweigerung, die wir im Innen- und Justizausschuss erfahren haben, sich fortsetzen wird. Herr Kellner hat gerade darauf hingewiesen, welcher Blockadehaltung wir insbesondere durch den Generalbundesanwalt, aber auch vermittelt durch den Innenminister dort ausgesetzt sind. Wenn jetzt Akten aus Thüringer Aktenbeständen an den Generalbundesanwalt abgegeben wurden, wissen wir nicht, ob der Untersuchungsausschuss diese vorgelegt bekommen wird. Wenn mittlerweile Thüringer Beamte dem BKA unterstellt sind und dienstrechtlich nicht mehr dem Thüringer Innenministerium, wissen wir nicht, ob eine Aussagegenehmigung seitens des BKA erfolgen wird.

Wir haben auch einen sehr kritischen Eindruck in den letzten Tagen gewinnen können mit Blick auf das, was in Sachsen dort an Aufklärungsverweigerung betrieben wird, dass es

Teile der politisch Verantwortlichen gibt, die damals für die Sicherheitsbehörden und das Versagen Schuld und Verantwortung trugen, dass es mittlerweile weniger um Aufklärung geht als vielmehr mehr um Staatsräson.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Anzeichen sind da und die müssen wir ernst nehmen und wir werden tatsächlich auch dem Anspruch dieses Untersuchungsausschusses und der anderer, z.B. im Bund, nur gerecht werden, wenn alle Untersuchungsausschüsse mit den gleichen Befugnissen, mit der gleichen Zielstellung und mit dem gleichen Willen arbeiten. Wenn das in Bundesländern blockiert wird oder gerade im Bund, dann werden wir hier in Thüringen nicht all das ausgleichen können.

Ich will auch sagen, dass mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses unsere Kritik an dem Verfahren im Innen- und Justizausschuss nicht still werden wird. Wir sagen, die Kontrollfunktion des Parlaments kann sich nicht allein auf einen Untersuchungsausschuss beziehen. Wir haben auch Rechte als Parlamentarier in den Fachausschüssen und diese Rechte werden wir nicht aufgeben. Wir haben Kontroll- und Informationsrechte und da werden wir hartnäckig bleiben, notfalls auch eine juristische Klärung herbeiführen müssen, dass auch in diesen Ausschüssen zu allen Themen informiert wird.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erwarten - Frau Marx hat ja dieses Thema auch angesprochen -, dass das Parlament mit den Mitteln des Untersuchungsausschuss umfassende Öffentlichkeit herstellt. Angesichts der Tragweite der Mordserie und der in Rede stehenden Verbindung, Verquickung der Sicherheitsbehörden erkenne ich nur wenig schützenswerte Güter, die nicht öffentlich diskutiert werden sollten. Ich erwarte auch von einem Untersuchungsausschuss, dass er aus keinerlei parteipolitischen Kalkül politische oder behördliche Verantwortungsträger, egal aus welchem Zeitraum, schont.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn zuletzt müssen wir auch diese Frage klären: Wer trägt für all das politisch und behördlich die Verantwortung? Das wird auch zum Teil eine schmerzhaft Erfahrung dann möglicherweise für diesen Untersuchungsausschuss sein. Wir dürfen uns nicht der Frage verwehren, ob es auch eine Schuld im Sinne des Strafrechts gibt, also ob nicht möglicherweise Strafvereitelung, Beihilfe oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch behördliches Handeln oder Nichthandeln im Raum steht. Frau Marx hat vorhin auf das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden in der Bevölkerung hingewiesen und, ich glaube, die Hoffnung formuliert, dass man diesem jetzt begegnen könnte. Ich finde dieses Misstrauen nicht schlimm, sondern Ausdruck einer hohen Reflexions- und Kritikfähigkeit bei unseren Bürgern. Das ist ja eigentlich das, was wir wollen. Ich hoffe auch, dass die Abgeordneten an diesen Untersuchungsausschuss mit einem hohen Maß an produktivem Misstrauen herangehen, damit wir immer wieder nachhaken, nachfragen und möglicherweise auch, was den Gegenstand angeht, nachjustieren, damit wir alle Hindernisse ausräumen, immer wieder das Öffentlichkeits- und Transparenzgebot hochhalten, jeglicher Verdunklung entgegenwirken. Das sind wir dann tatsächlich nicht nur der Aufklärung, sondern auch den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)